NIEDERSCHRIFT UA/0013/2023

über die Sitzung des **Umweltausschusses** am 31.01.2023 im Sitzungssaal **des Rathauses**.

Vorsitzender:

Herr Ralf Flüchter

Ausschussmitglieder:

Herr Bernd Kösters
Herr Peter Rose
Herr Franz Josef Schulze Thier
Frau Dagmar Caluori
Birgit Wendt

Vertretung für Frau
Hanna Hüwe

Frau Sarah Bosse

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NRW:

Frau Petra Beil

Vertretung für Frau
Monika Reimer

Herr Matthias Clemens Schürmann
Frau Irmgard Ueding

Vertretung für Herrn
Markus Nowak

Herr Michael Wentges

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks
Herr Hubertus Messing
Frau Michaela Besecke
Frau Sandra Niemann

Schriftführerin:

Frau Ute Höning

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:20 Uhr

Der Vorsitzende Herr Flüchter stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich seitens der Ausschussmitglieder kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Vergabe eines Straßennamens für das Neubaugebiet "Buschenkamp Süd"

Herr Flüchter erläutert den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage und bittet die Ausschussmitglieder um Stellungnahme hierzu.

Zuerst meldet sich Herr Kösters zu Wort und bemerkt, dass der Vorschlag einer Namensvergabe bei neuen Straßen bzw. Baugebieten - mit dem Hintergrund der Erinnerungskultur - bereits seit Jahren diskutiert werde und nicht nur seitens der Verwaltung, sondern auch seitens der Politik dieses Thema immer wieder aufgeschoben wurde. Den Blick lenkend auf die Tätigkeiten der Polizei, Rettungskräfte, Feuerwehr, etc. betont Herr Kösters, dass die Namensvergabe für das komplette Wohngebiet oftmals einfacher für die Einsatzkräfte sei. Er schlägt vor, bei künftigen Bauvorhaben eine Berücksichtigung aller möglichen Familiennamen rechtzeitig vorzunehmen, um so eine Priorisierung zu vermeiden.

Im Gegensatz zu Herrn Kösters plädieren Frau Caluori (Bündnis 90/ Die Grünen) sowie Frau Bosse (SPD) dafür, das Anliegen der Straßenbenennung – gerade vor dem historischen Hintergrund des 60. Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus nun endlich in Angriff zu nehmen. Nicht jede einzelne Stichstraße benötige einen eigenen Namen, so dass man sich auf zwei Straßenzüge mit Namensgebung beschränken könne.

Frau Dirks bestätigt, dass die Diskussionen über mögliche Namensvergaben bei Straßen wiederholt geführt worden sind und eine Namenswahl immer sehr schwierig sei, da hier eine Eignungsprüfung intensiv geführt werden müsse. Sinnvoll sei es zudem, die Benennung der Straßen vor Beginn der Planung festzulegen.

Seitens der Verwaltung macht Frau Niemann darauf aufmerksam, dass bislang die Ausrichtung der einzelnen Grundstücke noch unklar sei und somit eine endgültige Klärung der Straßenzugehörigkeit noch nicht festgelegt werden konnte.

Anschließend erfolgt eine lebhafte Diskussion, in der mehrere mögliche Varianten der Aufteilung des Baugebietes sowie der Namensgebung diskutiert werden.

Nochmals ergreift Herr Kösters das Wort und fordert die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf, Vorschläge für zwei Straßennamen zu machen. Er betont, dass für ihn persönlich eine Entscheidung für oder gegen einen Namen nicht möglich ist. Keinesfalls sei er aber dagegen und werde sich bei der Abstimmung enthalten.

Auf Nachfrage von Herrn Schürmann (FDP), ob es nicht möglich sei, die zukünftigen Bauherren an der Namensvergabe zu beteiligen, entgegnet

Herr Messing, dass dieses vor Beginn der Planung und vor der Vergabe erfolgen sollte und die Entscheidung hierzu von der Politik erfolgen muss.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schlägt Frau de Wendt die Namen Uhlmann und Bendix als Straßennamen vor.

Für die Fraktion der SPD favorisiert Frau Beil die Namen Albersheim und Bendix.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass das Baugebiet Buschenkamp nunmehr in zwei Teile (West und Ost) hinsichtlich der Namensgebung (Albersheimstraße und Bendixstraße) aufgeteilt werden soll. Die Verwaltung wird seitens des Ausschusses darum gebeten, bei einem künftigen Baugebiet den Straßennamen Davidsstraße zu berücksichtigen.

Frau Besecke erläutert, dass noch eine interne Abstimmung / Ausarbeitung hinsichtlich der genauen Straßenbenennung erfolgen muss, da die Hauptzufahrt noch nicht abschließend geklärt sei.

Der Vorsitzende Herr Flüchter formuliert folgenden

Beschluss:

Das Baugebiet Buschenkamp Süd wird in zwei Teile aufgeteilt. Verwendet werden sollen die Namen Albersheimstraße und Bendixstraße.

<u>Stimmabgabe:</u>	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	3		2
Bündnis90/Die Grünen	3		
SPD	2		
FDP	1		

2. Antrag der SPD-Fraktion vom 26.10.2022 hier: Barrierefreie Altglas-Container

Der Tagesordnungspunkt wird vom Vorsitzenden Herrn Flüchter mit Bezug auf die ersten Beratungen während der Ratssitzung am 15.12.2022 vorgestellt.

Im Anschluss kritisiert Frau Bosse die Sitzungsvorlage, die ihr suggeriert, dass die Verwaltung den Antrag nicht weiterverfolgen wolle, da lediglich mögliche Probleme dargelegt wurden und die Höhe der Kosten eine wichtige Rolle spielen. Vorgeschlagen wird ihrerseits zunächst mit einem Container – z.B. am Hesselmannparkplatz – anzufangen.

Seitens der Verwaltung betont Frau Dirks die bereits investierte Arbeit des Fachbereiches zu diesem Antrag und bekräftigt die Bereitschaft der Verwaltung diesen Antrag umzusetzen. Darüber hinaus gehende Arbeiten werden seitens der Verwaltung nach Beschlussfassung erledigt.

Darauf folgend bestätigt Frau de Wendt die Wichtigkeit dieses Antrages – auch im Hinblick auf das Mobilitätskonzept – und kritisiert, dass die Kosten nicht einziger Kritikpunkt sein dürfen. Ein Containerstandort in zentraler Lage sei wichtig und richtig, da der Bedarf besteht. Für dieses Anliegen könne ebenso geprüft werden, ob Fördermöglichkeiten gegeben sind, u.a. Aktion Mensch.

Weiterhin schlägt Frau de Wendt die Anbringung von Rampen vor. Hierzu gibt Herr Messing zu bedenken, dass die erforderlichen Flächen vorhanden und die dazugehörigen Sicherheitsvorkehrungen berücksichtigt werden müssen.

Herr Flüchter schlägt seinerseits vor, zu prüfen, ob vorhandene Container teilweise tiefer in die Erde gesetzt werden können (Halbflurlösung). Seitens der Verwaltung entgegnet Frau Besecke, dass hierzu umfangreiche Prüfungen erforderlich seien, da verschiedene Leitungen und Netze unterirdisch verlegt sind.

Einig sind sich die Ausschussmitglieder und die Verwaltung darüber, dass Unterflurcontainer nicht nur wegen der Barrierefreiheit, sondern auch wegen des Stadtbildes und der Verringerung der Lärmbelastigung erstrebenswert sind.

Anschließend meldet sich Herr Kösters zu Wort und erkennt die bereits geleistete Arbeit der Verwaltung an. Er betont, dass die Kosten im Auge behalten werden müssen und befürwortet den Vorschlag der Verwaltung, zukünftig am Gummibahnhof einen Unterflurcontainer zu installieren.

Darauf folgend schildert Frau Beil, dass z.B. in Münster vorwiegend Unterflurcontainer verwendet werden und dieses bei der Neuplanung, z.B. von Wohngebieten direkt mitbedacht wird.

Bezugnehmend auf den vorherigen Wortbeitrag betont Frau Besecke, dass die Bevölkerungsdichte in z.B. Münster wesentlich höher ist und zudem in den vergangenen Jahren die Betreiber der Lebensmitteldiscounter mit der Aufstellung der Container beauftragt bzw. hierzu verpflichtet worden seien.

Abschließend gibt Herr Messing weiter zu bedenken, dass der bestehende Entsorgungsvertrag lediglich die standartisierten Container berücksichtigt. Die Entsorgung von Unterflur-/Halbflurcontainer erfordert somit weitere Gespräche und Preisabfragen beim Anbieter.

Frau Beil stellt den Antrag, dass sowohl die Unterflurmöglichkeit und als Alternative die Halbflurlösung näher geprüft und beschrieben wird. Danach soll im Ausschuss weiter beraten werden.

Herr Flüchter lässt über diesen Antrag abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, sowohl die Unterflurmöglichkeit und als Alternative die Halbflurlösung näher zu prüfen und anschließend zu be-

schreiben. Danach soll im Ausschuss weiter beraten werden.

Anmerkung:

Auf Wunsch von Frau Bosse wird im Ratsinformationsdienst eine Liste der Containerstandorte hinterlegt.

Stimmabgabe: einstimmig

3. Mitteilungen

3.1. Karpfen im Berkelquellteich - Frau Besecke

Frau Besecke berichtet im Auftrag von Herrn Hein, dass dieser sich bereit erklärt hatte, hinsichtlich der Befischung des Karpfens im Restteich der Berkelquelle Kontakt mit dem Angelverein Billerbeck aufzunehmen. Hierzu wurde Kontakt mit dem Gewässerwart des Angelvereins Herrn Platz aufgenommen mit folgendem Ergebnis:

Seitens des Angelvereins Billerbeck besteht kein Interesse daran, den Karpfen zu entnehmen und in eigene Fischgewässer einzusetzen. Karpfen verursachen erhebliche Schäden am Makrozoobenthos aufgrund des Aufwühlens der Sohle durch den Karpfen. Auch kann ein Übertragen von Krankheiten durch den eingesetzten Karpfen in andere Fischgewässer nicht ausgeschlossen werden. Insofern würde nur eine Entnahme des Karpfens aus dem Restteich des Berkelquellgebietes und ein ggfs. Einsetzen in den in der Nähe befindlichen Teich der alten Badeanstalt in Frage kommen. Aber auch dies hält Herr Platz für nicht sinnvoll aufgrund der befürchteten Schäden, die der Karpfen dort verursachen kann und vor allen Dingen auch mit hohen Kosten verbunden. Er schätzt rd. 700,00 € als Aufwand für eine derartige Maßnahme. Seitens Herrn Platz wird darauf verwiesen, dass der Karpfen im Restteich des Berkelquellgebietes durchaus optimale Bedingungen vorfindet, da er sich auch in flachen Gewässer mit hohem Schlammanteil wohlfühlt und ein entsprechendes Nahrungsangebot vorfindet. Seitens des Angelvereins wird somit die Entnahme des Karpfens als nicht sinnvoll erachtet.

4. Anfragen

4.1. Nachhaltigkeitszentrum - Frau Beil

Frau Beil erkundigt sich nach der Perspektive des Nachhaltigkeitszentrums.

Hierauf entgegnet Frau Dirks, dass das Nachhaltigkeitszentrum eines der Projekte – verankert im Klimaschutzkonzept – ist. Zum 01.02.2023 nimmt Frau Neumann (Klimaschutzmanagerin) ihre Tätigkeit bei der Stadt Billerbeck auf. Nach einer Einarbeitung sind Treffen mit Vertretern der Schule und anderen Vertretern, die ihre Mitarbeit bereits angeboten haben, geplant. Gleichzeitig soll nach einer Möglichkeit gesucht werden, das Nachhaltigkeitszentrum zu verorten.